

Schmerzensgeld für eine sachlich vorgetragene Meinungsäußerung?

Das forderte am 10.06.2023 tatsächlich ein Reporter in der Nordseezeitung, weil er sich im Kreistag auch Reden anhören muss, die überhaupt nicht in sein linksgrünes Weltbild passen. Damit sagt er sehr viel über sein Berufsverständnis aus: statt sachlich über die Argumente aller in Kreistag vertretenen politischen Kräfte zu berichten ist für offenbar nur die woke, von nahezu allen Parteien vertretene Linie zulässig und wer es wagt, eine davon abweichende Meinung zu äußern muss über sich in der Zeitung Aussagen lesen wie „erbärmliches Schauspiel“, „billige Polemik“, „krude Redebeiträge“, „beschämend, erbärmlich und erniedrigend zugleich“ und natürlich auch als „alter weißer Mann“ beschimpfen lassen, auch wenn man man viel jünger ist als er ebenfalls hellhäutige Reporter. Das alles, wohl gemerkt, in einem einzigen Artikel!

Doch der Reihe nach, worum geht es? Der Staat belastet Bürger und Unternehmen immer stärker. Die Steuer- und Abgabenquote für Arbeitnehmer ist die zweithöchste der Welt, nur Belgien nimmt den Beschäftigten noch mehr weg, laut einer Auswertung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Bei der durchschnittlichen effektiven Steuerbelastung der Unternehmen liegt Deutschland laut einer weltweiten Auswertung des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) mit 28,8% an dritter Stelle, nach Japan (34,1%) und Spanien (29,0%) und weit über dem Durchschnitt aller EU-Länder (18,8%). Diese Zahlen belegen wie wichtig es ist, die deutschen Staatshaushalte und Sozialsysteme zu konsolidieren, doch auch im Kreistag erleben wir immer wieder genau das Gegenteil, nämlich viele zusätzliche Aufgaben für den Landkreis, immer mehr Stellen in der Kreisverwaltung und alles auf Kosten zukünftiger Generationen, der Schuldenstand steigt und steigt.

So auch auf der Kreistagssitzung am 07. Juni 2023, auf der sich alle etablierten Parteien einig waren, dass zukünftig an kreiseigenen Schulen kostenlos Menstruationsartikel zur Verfügung gestellt werden sollen. Ein weiterer Schritt zum allumsorgenden Staat, der sich immer mehr vornimmt, obwohl es bei seinen Kernaufgaben viel dringenderen Handlungsbedarf gibt, wie zum Beispiel erheblicher Investitionsstau bei der Infrastruktur, sinkendes Bildungsniveau oder zunehmender Mangel im Gesundheitssystem. Daher sind wir stolz, dass wir in dieser Kreistagssitzung als einzige diesen schon vom Ansatz der falschen Weg nicht mitgegangen sind und werden weiter politisch dagegenhalten.